

Impfstart in bayerischen Apotheken:

Politik schürt ohne Not Konflikte

- **Hervorragende Zusammenarbeit zwischen Praxen und Apotheken in Gefahr**
- **Überschreitung von Grenzen der medizinischen Heilberufe zu Lasten der Patientensicherheit**

München, 07.02.2022 - In Bayern beginnen die ersten Apotheken mit der Impfung gegen Corona. Für Dr. Markus Beier, Landesvorsitzender des Bayerischen Hausärzteverbandes, ein weiteres Zeichen der politischen Missachtung gegenüber niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und ihrer Praxisteams, die bis dato alleine in Bayern über 11 Millionen Impfungen gegen CoViD-19 verabreicht haben.

„Wir haben bisher nur Phasen des starken Impfstoffmangels und Phasen eines deutlichen Überangebots an Impfmöglichkeiten erlebt. In beiden Situationen ergeben zusätzliche Impfstellen keinen Sinn“, kritisiert er. „Vielmehr wird die gute Versorgung der Menschen in diesem Land abermals durchgeschüttelt durch politischen Aktionismus ohne nachhaltige Strategie – unter Inkaufnahme unnötiger Risiken.“

Denn hier geht es um das höchste Gut, nämlich die Gesundheit von Menschen. „Bevor wir Ärztinnen und Ärzte impfen, haben wir eine 12-jährige Ausbildung hinter uns, in der wir unter anderem gelernt haben, was bei unerwarteten Impfreaktionen oder gesundheitlichen Notfällen zu tun ist. Apothekerinnen und Apotheker dagegen, die jetzt Impfungen anbieten, haben gerade einmal einen wenige Stunden umfassenden, oberflächlichen Online-Kurs hinter sich. Ferner sind diese Einrichtungen noch nicht mal selbst von einer Impfpflicht umfasst“, warnt Dr. Beier. „Das Impfen in Apotheken ist im Übrigen auch eine massive Überschreitung der Grenzen medizinischer Heilberufe“, stellt er fest. „Es werden doch auch keine Elektroinstallationen in Gebäuden abgenommen, die ein reiner Sanitärbetrieb eingerichtet hat!“

Schwer wiegen aus hausärztlicher Sicht auch die Auswirkungen auf das Zusammenspiel von Apotheken und Praxen. Dr. Beier: „Bisher gab es, auch und besonders in der Pandemie, eine ganz hervorragende Zusammenarbeit zwischen Praxen und Apotheken bei der gemeinsamen Versorgung zu Gunsten der Menschen. Dafür sind wir Hausärztinnen und Hausärzte den bayerischen Apothekerinnen und Apothekern dankbar. Auch wissen wir, dass die überwiegende Mehrheit der bayerischen Apothekerinnen und Apotheker gar kein Interesse an dieser politisch motivierten Beteiligung am Impfen hat. Aber dort, wo Apotheken ohne Nachweis der ärztlichen Heilkunde zu impfen beginnen, werden wir als Praxen vor Ort hinterfragen müssen, ob an dieser Stelle eine vertrauensvolle Zusammenarbeit überhaupt noch möglich ist. Mit dem Projekt des eRezepts eröffnen sich schließlich demnächst auch ganz andere Möglichkeiten“



„Impfen ist Aufgabe der Humanmedizin“

Hausärzteverband Hessen kritisiert Impfstart in Apotheken

Hattersheim, 7. Februar 2022. Im Sinne der Behandlungsqualität und Patientensicherheit muss die Trennung zwischen Leistungen der Apotheken einerseits und der Ärzteschaft andererseits aufrecht erhalten bleiben. Dies hat der Vorstand des Hessischen Hausärzteverbands (HÄVH) auf seiner Delegiertenversammlung am Wochenende in Bad Soden-Salmünster gefordert. Der HÄVH reagiert damit auf die Ankündigung der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V. (ABDA), dass die ersten Apotheken bereits am kommenden Dienstag COVID-19-Schutzimpfungen anbieten wollen.

Vorstoß der Apotheken gefährdet Patientensicherheit

„Damit dringen die Apothekerinnen und Apotheker massiv in den hausärztlichen Leistungskatalog ein“, kritisierte Beck. „Wer sich in Apotheken impfen lässt, begibt sich bei akuten Impfnebenwirkungen im schlimmsten Fall in eine lebensbedrohliche Situation, die Apothekerinnen und Apotheker mangels Fachwissens und aufgrund des Behandlungsverbots nicht beherrschen können“, warnte der Vorsitzende des Hessischen Hausärzteverbands, Armin Beck.

Verkauf und Vergabe von Arzneimitteln bedeutet Interessenkonflikt

„Das Impfen muss eine Aufgabe der Humanmedizin bleiben“, sagte Beck. „Der Vorstoß der Apotheken dient nur dazu, Geschäftsmodelle auszuweiten und wird langfristig die Versorgungsqualität und Patientensicherheit gefährden“, so der HÄVH-Vorsitzende. „Wenn Apotheken impfen und damit zusätzlich zum Verkauf auch das Verabreichen von Arzneimitteln übernehmen, wird ein Interessenkonflikt deutlich, der schon vor 800 Jahren erkannt und seit Friedrich II. mit einer scharfen Trennung der Leistungen von Ärzten und Apothekern geregelt wurde“, erklärte Beck.

„Es hat nie einen Mangel an Impfangeboten gegeben“

Das Argument, ein Impfangebot in Apotheken sei nötig, um die Impfkampagne in Deutschland zu beschleunigen, sei haltlos, die Politik lenke damit lediglich von ihrem eigenen Versagen rund um die Impfstofflieferungen ab: „Es hat nie einen Mangel an Impfangeboten gegeben, der eine Ausweitung auf Apotheken notwendig macht“, sagte Beck.

Hintergrund: Mit Inkrafttreten des Impfpräventionsstärkungsgesetzes Mitte Dezember und der neuen Impfverordnung zu COVID 19 können auch Apothekerinnen und Apotheker SARS-CoV-2-Schutzimpfungen durchführen – sofern sie entsprechende Schulungen absolviert haben.